

Antwort auf Anfragen	Geschäftsbereich	Zentrale Dienstleistungen
	Ressort / Stadtbetrieb	Ressort 404 - Personal
	Bearbeiter/in	Klaudia Dmuß
	Telefon (0202)	563 6100
	Fax (0202)	563 8029
	E-Mail	klaudia.dmuß@stadt.wuppertal.de
	Datum:	06.03.2007
	Drucks.-Nr.:	VO/0211/07/1-A öffentlich
Sitzung am	Gremium	Beschlussqualität
13.03.2007	Jugendhilfeausschuss	Entgegennahme o. B.
Beantwortung der gemeinsamen Großen Anfrage der Fraktionen CDU und SPD		

Grund der Vorlage

Gemeinsame Große Anfrage der Fraktionen CDU und SPD vom 27.02.07 „Umsetzung des Lokalen Bündnisses für Familie in der Stadtverwaltung: Familienfreundlichkeit als Bestandteil der Personalpolitik“ VO/0211/07

Beschlussvorschlag

Der Bericht der Verwaltung wird ohne Beschluss entgegen genommen.

Unterschrift

Dr. Slawig

Begründung

Die Verwaltung beantwortet die einzelnen Fragen wie folgt:

1. *Wie beurteilt die Stadtverwaltung Wuppertal die Einrichtung eines Betriebskindergartens oder die Einführung alternativer Betreuungsmöglichkeiten z. B. einem „Pflegenest“ in den Räumen der Verwaltung?*

Die Einrichtung eines Betriebskindergartens wird angesichts der Bedarfsdeckung für 3 – 6-jährige Kinder im Stadtgebiet von der Stadtverwaltung nicht für erforderlich gehalten. Alternative Betreuungsmöglichkeiten für andere Altersgruppen werden von dem in der Antwort zu Frage 5 genannten Projektteam geprüft.

2. *Gibt es einen Datenbestand, aus dem heraus ein Bedarf für eine betrieblich organisierte oder unterstützte Betreuung abgeleitet werden kann?*

Der Stadtverwaltung liegen keine Daten darüber vor, wie städtische Mitarbeiter /-innen die Betreuung ihrer Kinder organisieren oder aus denen ein Bedarf für eine durch die Stadtverwaltung organisierte oder unterstützte Betreuung abgeleitet werden kann.

3. *Gibt es Rückmeldungen von Vorgesetzten oder Mitarbeitern/-innen an das Personalressort, aus denen hervorgeht, dass flexiblere und nah am Arbeitsplatz gelegene Betreuungsmöglichkeiten eine bessere Organisation bzw. Bewältigung der Arbeit ermöglichen oder die Doppelbelastung besonders berufstätiger Mütter verringern würden?*

Die Personalverwaltung erfährt vereinzelt von Mitarbeitern bzw. Mitarbeiterinnen aus den unterschiedlichen städtischen Leistungseinheiten, dass sie bereit sind, nach der Geburt ihres Kindes früher aus der Beurlaubung zurückzukehren, wenn sie eine geeignete Betreuung gefunden haben. Welche Wünsche sie an die Art der Einrichtung, ihren Träger, das pädagogische Konzept, ihre räumliche Lage im Stadtgebiet oder sonstige Rahmenbedingungen haben, ist nicht bekannt.

Daneben ist jedoch darauf hinzuweisen, dass in der Stadtverwaltung grundsätzlich sehr flexible Beurlaubungs- und Arbeitszeitregelungen bis hin zur alternierenden Teleheimarbeit praktiziert werden, um Eltern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erleichtern.

4. *Wie unterstützt die Stadtverwaltung Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die Probleme haben, geeignete Betreuungsmöglichkeiten für ihre Kinder zu finden?*

Die Mitarbeiter/-innen der Stadtverwaltung wissen, wo sie Betreuungsmöglichkeiten für ihre Kinder finden können. Sollten sich hier dennoch Fragen ergeben, werden sie an den Stadtbetrieb Tageseinrichtungen für Kinder vermittelt, soweit sie sich auf Betreuungsmöglichkeiten in der Stadt Wuppertal beziehen.

5. *In der 3. Fortschreibung des Frauenförderplans wird angekündigt, die Stadt Wuppertal werde alle Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf analog zum Wettbewerb „Familienfreundliche Unternehmen“ überprüfen. Was bedeutet diese Ankündigung konkret?*

Ein verwaltungsinternes Projektteam unter Federführung der Personalverwaltung und unter Beteiligung von Gesamtpersonalrat und Gleichstellungsstelle arbeitet anhand praktischer Erfahrungen an

- einer Bestandsaufnahme der familienfreundlichen Regelungen und Maßnahmen, die bei der Stadtverwaltung Wuppertal für die eigenen Beschäftigten vorhanden sind,
- einer Auswertung der „best-practice“ Beispiele aus dem Wettbewerb „Der familienfreundlichste Betrieb“ im Hinblick auf Optimierungsmöglichkeiten für die Stadtverwaltung Wuppertal und
- prüft, ob es darüber hinaus noch weitergehende Bedarfe in den städtischen Leistungseinheiten gibt.

Ergebnisse liegen derzeit noch nicht vor.